



StEA NW
Stadtelternausschuss
Neustadt a.d.W

● [Stadtelternausschuss Neustadt an der Weinstraße](#)

Gesetzlich vorgesehene Vertretung der Eltern in Kitas in Neustadt an der Weinstraße

Pressemitteilung

● Stadtelternausschuss Neustadt an der Weinstraße

Vertreten durch die Vorsitzende
Cornelia Koscher

E-Mail: stea-neustadt@lea-rlp.de
Homepage: www.stea-nw.de

● 30. Juni 2021

Fristgerechte Umsetzung der Kita-Novelle gescheitert Eltern erheben schwere Vorwürfe

Neustadt an der Weinstraße, 30. Juni 2021 – Der Stadtelternausschuss wendet sich eindringlich an die Stadt und an das Bistum Speyer und fordert, die Kita-Novelle wie gesetzlich gefordert umzusetzen.

Die katholischen Einrichtungen verweigern die Umsetzung der Kita-Novelle entgegen den Vorgaben des Bedarfsplans der Stadt und entgegen der Gesetzeslage. Insgesamt betrifft dies acht Einrichtungen in Neustadt mit insgesamt weit über 500 Betreuungsplätzen. Die Kinder in den betroffenen Einrichtungen erhalten, sehr zum Unmut der Eltern, auch weiterhin keine siebenstündige Betreuung. Anders als in der Berichterstattung der RHEINPFALZ von heute berichtet, gibt es für den Rechtsanspruch auch keine gesetzliche Übergangsfrist. Das Gesetz sieht eine solche nur für die Ausgestaltung des Mittagessens vor. Der Rechtsanspruch der Eltern auf eine siebenstündige Betreuung gilt grundsätzlich ab dem 1. Juli 2021.

Eltern und Kinder fallen zwischen die Stühle von Finanzierungsstreitigkeiten zwischen Kommunen und freien Trägern. Die Verteilung der Finanzierung der Kindertagesstätten über den vom Land hinausgehenden Anteil hinaus soll nach den Regelungen des Kitagesetzes zwischen diesen ausgehandelt werden – fair und angemessen für beide Seiten. Das Bistum Speyer fordert nun von den Kommunen jegliche Mehrkosten der Kitanovelle vollständig aus eigener Tasche zu tragen und verweigert bis dahin die Umsetzung der Kitanovelle. Aber auch die Stadt verweist



lediglich auf die Verhandlungen auf Landesebene und verweigert eine Übergangslösung. „Das ist wie ein Bahnstreik – und die Eltern sind die Passagiere, die am Gleis warten. Leidtragende dieses katastrophalen und intransparenten Verhandlungsgebahrens von katholischer Kirche und Kommunen sind die Eltern und die Kinder“, so die Vorsitzende des Stadtelternausschusses, Cornelia Koscher. Koscher weiter: „Die Pfarrer hier vor Ort muss man in Schutz nehmen, diese sind bemüht und auch gesprächsbereit. Das Problem auf Seite der katholischen Kirche sitzt in Speyer. Das Problem ist aber auch die Stadt Neustadt, die es sich zu einfach macht, auf die Landesverhandlungen zu verweisen. Sie selbst steht in der Pflicht, die Umsetzung der Kita-Novelle zu gewährleisten und auf angemessene Konditionen hinzuwirken, mit der beide Seiten leben können“.

Der Stadtelternausschuss hatte bereits vor einem Monat um ein Gespräch mit dem Jugendamt gebeten – mit dem Ziel, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um eine Übergangslösung für Neustadt zu finden. Ein Vorschlag, den man seitens der Stadt noch nicht einmal beantwortete. Vielmehr lässt sich der Leiter des Jugendamts nun in der RHEINPFALZ dahin zitieren, bis zu einer Einigung gelte „das alte System“.

Bundeselternsprecher Dr. Asif Stöckel-Karim, der dem Stadtelternausschuss Neustadt entstammt, macht als dessen Mitglied deutlich: „Die katholische Kirche muss jetzt zeigen, wie sie es mit dem Dienst an und in der Gesellschaft wirklich hält. Wer Kitas als Teil lebendiger Gemeinde will, muss sich angemessen an den Kosten beteiligen und sich an die Rechtslage halten. Wer die Umsetzung der Kitanovelle bestreikt, nimmt Eltern und Kinder in sprichwörtliche Geiselschaft für seine finanziellen Interessen. Aber es gilt auch: die politische und rechtliche Verantwortlichkeit für die Umsetzung der Kita-Novelle liegt bei der Stadt. Da darf man es sich nicht einfach machen, indem man auf Verhandlungen auf Landesebene verweist – da müssen alle Beteiligten gemeinsam eine konkrete Übergangslösung für die Stadt schaffen. Wer sich dem verweigert, und nur auf seinen eigenen Geldbeutel schaut, zeigt, was er tatsächlich von Kindern und Eltern hält.“

Der Stadtelternausschuss ruft Träger, Stadt und die kommunalen Verhandlungsführer auf Landesebene auf, nun schnell eine angemessene Lösung zu finden. Die Kitanovelle nicht umzusetzen, ist keine Option.

Zu den Hintergründen:

Der Stadtelternausschuss Neustadt an der Weinstraße ist die gesetzlich vorgesehene stadtweite Vertretung der Kita-Eltern in Neustadt und versteht sich als deren Bindeglied zwischen Einrichtungen, Trägern und Jugendamt. Er vertritt bei der Bedarfsplanung auch die Interessen der Eltern, die gerne einen Kitaplatz hätten, aber keinen erhalten. Seine bislang zwölf Mitglieder, aktuell zehn Mütter und zwei Väter, werden alle zwei Jahre von den Elternausschüssen der Kindertagesstätten in Neustadt gewählt. Wählbar sind alle Eltern, die ein Kind im Kita-Alter haben. Mit der Kita-Novelle wird die Position der gesetzlichen Elternvertretung weiter gestärkt – so sind nun ausdrückliche gesetzliche Anhörungsrechte vorgesehen und die Position des Vertreters der Elternschaft im Jugendhilfeausschuss wird mit mehr Rechten ausgestattet. Vorsitzende des Stadtelternausschusses ist Cornelia Koscher, Mutter von fünf Kindern. Dem außerordentlich aktiven Stadtelternausschuss in Neustadt entstammen drei Mitglieder des Vorstands des Landeselternausschusses und mit Dr. Asif Stöckel-Karim auch einer der vier amtierenden Bundeselternsprecher.

Die Verteilung der Finanzierung der Kindertagesstätten zwischen Trägern und Jugendämtern über den vom Land hinausgehenden Anteil hinaus soll nach den Regelungen des Kitagesetzes ausgehandelt werden. Diese Verhandlungen werden gegenwärtig auf Landesebene geführt. Es steht den Kommunen aber frei, bis zum Abschluss der langwierigen Verhandlungen eigene Vereinbarungen mit den Trägern zu treffen. Rechtlich ist die Stadt Neustadt an der Weinstraße ab dem 1. Juli verpflichtet, jedem Kind ab vollendetem erstem Lebensjahr, das dies wünscht, einen Kitaplatz mit einer mindestens siebenstündigen Betreuungszeit am Stück über Mittag zur Verfügung zu stellen. Eine gesetzliche Übergangsfrist für den Rechtsanspruch gibt es nicht.

Kontakt für Rückfragen:

Daniela Hoffmann

Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragte

Tel. 0160/97869944

daniela.hoffmann@momako.de oder stea-neustadt@lea-rlp.de